

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Oktober 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmärkte, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 114

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation, II. — Fälliger Berichtungsseifer. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916.

Volkswirtschaft: Gegenwärtiges und Zukünftiges über unre Valuta. Korrespondenzen: Naumburg a. S.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmensewerte Beispiele. — Bundesräthliche Verordnung über Zeitungspapier. — Der Beschäftigungsgrad im graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie. — Geschäftslage der Schriftgießereien und Messinglinienfabriken. — Die Arbeitslosenziffern des graphischen Gewerbes im August 1917. — Kräftlicher Stadtmagistrat. — Der Arbeitsmarkt im August 1917. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.

Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation

II.

Im Geschäftsberichte wird die Steuerungsulagenangelegenheit, wie sie sich von der Tagung in Goslar an entwickelte, ausführlich rekapituliert, d. h. in ihrem zweiten und dritten Stadium. Die vorjährige Hauptversammlung habe sich der Notwendigkeit einer Erhöhung nicht verschlossen, hielt es aber für richtiger, nicht mehr von Vereinen wegen, sondern die Regelung dieser Frage durch die Vertreter (prinzipalsseitig) in der Tarifgemeinschaft erfolgen zu lassen, was dann am 9. Oktober in einer zu Leipzig taggebenden Sitzung geschehen wäre. „Die Gehilfenschaft erklärte sich mit der Höhe dieser Zulagen zunächst nicht befriedigt, da sie gegenüber der um 90 bis 100 Proz. verkehrten Lebenshaltung nur zu einem geringen Teile den Anforderungen genügt“; mit dieser objektiven Feststellung kann man einverstanden sein, wird doch zutreffend der Steuerungsgrad als Maßstab angelegt, was für die bevorstehende Neuregelung als der richtige Wegweiser betrachtet werden muß. „Leider stellten sich bald darauf neue Schwierigkeiten ein, da der freiwillige Charakter der Zulagen mehrfach zu deren Nichtzahlung führte“, was auch eine sachliche Konstatierung ist, die als Anerkennung eines solchen Verhaltens nicht angesehen werden kann. Wegen der Einrechnung der Überstundenverdienste seien auch Meinungsverschiedenheiten entstanden. Das Tarifamt habe dann im Einvernehmen mit dem Tarifausschuß durch Befragung vom 9. Dezember 1916 die Steuerungsulagen als „tarifliche Pflichtleistung für alle der Tarifgemeinschaft angehörenden Buchdruckereien“ erklärt, wonach dann die Klagen über Nichtgewährung verstummt wären. Die chronologische Entwicklung hier nochmals anzuführen, halten wir für geboten, da in Gehilfenkreisen, wie wir aus unzutreffenden Bemerkungen in offiziellen Versammlungsberichten nämlich Schlussfolgern müssen, manches schon wieder vergessen zu sein scheint, obwohl der „Korr.“ es an eingehender Unterrichtung nicht hat fehlen lassen. Deshalb lassen wir, auch zum Zwecke der genaueren Kenntnis der von uns unter Vertretern gefeldt gemachten Forderungen wie der prinzipalsseitigen Argumente, die von dem Zustandekommen der dritten Steuerungsulage gegebene Darstellung zum Teil wörtlich folgen:

Im Frühjahr dieses Jahres machte sich nun in Gehilfenkreisen eine Bewegung geltend, die auf örtliche weitere Erhöhungen der bisher bewilligten Steuerungsulagen hinauszielte. Der Vorstand wurde daher mehrfach ersucht, zu diesem Vorgehen Stellung zu nehmen, um die bisherige Einheitslichkeit in der Regelung der Frage zu wahren. In gleicher Weise traten Prinzipale und Gehilfen an das Tarifamt heran, und dies führte schließlich zu einer erneuten Ausprache am 23. April 1917 mit Vertretern unseres Vereins, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und des Tarifamts. Im Verlaufe dieser Verhandlungen verlangten die Gehilfenvertreter die Erhöhung der Steuerungsulagen auf wöchentlich 10 Mk. für alle Gehilfen, ohne Rücksicht auf deren Löhne und darauf, ob sie verheiratet sind oder nicht. Auf die Kinderzulagen wollten sie alsdann verzichten. Ferner wünschten sie ausdrücklich wöchentliche statt monatliche Auszahlung. Begründet wurden diese Forderungen in der Hauptsache mit den allgemein immer weiter geltenden Steuerungsverhältnissen sowie mit dem Hinweis auf die Löhne anderer Arbeiter, auch solcher,

die nicht in der Rüstungsindustrie tätig sind, gleichwohl aber schon seit längerer Zeit bedeutend höhere Zulagen als die Buchdruckergehilfen erhielten.

Von uns unter Vertretern wurde die weitere Verleugnung der Lebenshaltung zwar anerkannt, eine Erhöhung der Zulagen in dem geforderten Maß aber unter dem Hinweis auf die ungünstige Lage des Buchdruckergewerbes und die schwierigen Verhältnisse, unter denen jeder einzelne Buchdruckereibesitzer seinen Betrieb wenigstens einigermaßen aufrechtzuerhalten bemüht sei, für unmöglich erklärt. Insbesondere wurde im Interesse der Provinzdruckorte an der Staffelung der Zulagen sowohl bezüglich der Berücksichtigung der Lokalzuschläge wie der Löhne und an der Unterscheidung zwischen Verheirateten und Ledigen festgehalten.

Unsere Kollegen können daran abermals erkennen, daß ihre Unterhändler sowohl im Ausmaße der erhobenen Forderungen wie an den erforderlichen Beweisgründen dafür und auch für die notwendige Umgestaltung der Steuerungsulagen es haben an nichts fehlen lassen. Es wird dann erwähnt, daß die Gehilfenschaft mit wenigen Ausnahmen von dem Ergebnisse sich befriedigt zeigte, und daß es bei den Prinzipalen in Hinblick auf die Steuerungsverhältnisse ernstlichem Widerstande nicht begegnete, „so groß die damit verbundenen Opfer für die Prinzipale auch waren“. Nicht verzwiegen werden aufgewordene Bedenken anderer Art. Viele Stelle hat allgemeineres Interesse; es heißt nämlich:

Von verschiedenen Bezirksvereinen wurde jedoch Beschwerde darüber geführt, daß sie vorher keine Mittheilung von der Sache erhalten hätten und um ihre Meinung nicht befragt worden seien. Der Vorstand erkennt diese Einwendungen und die dazu geltend gemachten Wünsche bis zu einem gewissen Grade als berechtigt an und wird bemüht bleiben, ihnen soweit als möglich zu entsprechen. Es ist jedoch dabei zu beachten, daß die Verhältnisse teils aus faktischen, teils aus zeitlichen Gründen die Erörterung solcher Fragen in weiteren Kreisen nicht immer gestatten. Im vorliegenden Falle war die Bewilligung der von der Gehilfenschaft geforderten Erhöhung der Steuerungsulagen eine unabwendbare Notwendigkeit, die nicht länger hinausgeschoben werden konnte, wenn den örtlichen Bewilligungen vorgebeugt werden sollte, die durch das allerdings unartifizielle Vorgehen der Gehilfen an verschiedenen Druckorten unvermeidlich gewesen wären. Aus diesen Gründen war es diesmal leider nicht in allen Kreisen möglich, die Bezirksvereine vor Vereinbarung der Steuerungsulagen mit zu Rate zu ziehen.

Man wird sich noch erinnern, daß es im besonderen die Berliner Prinzipalsopposition war, die heftig dagegen protestierte, daß eine vorüberige Befragung nicht stattgefunden hat; die launigen Einsprüche hatten keine größere Bedeutung. Wir können nur wiederholen, was wir damals erklärten: Es ist außer einem ganz allgemeinen Einverständnis gar nicht möglich, vorher eine bestimmte Stellungnahme zu präzisieren. Das würde nur zu gebundenen Mandaten von jeder Seite führen, mit denen man zu keiner Verständigung gelangen könnte. Man muß aus den Gründen und Gegengründen einen gangbaren Weg zu finden suchen, sonst wird umgeschmissen. Die Prinzipalsität kann auch für die Oktoberverhandlungen keinen andern Standpunkt einnehmen. Der Geschäftsbericht deutet ja auf die Schwierigkeiten hin, daß „die Verhältnisse teils aus faktischen, teils aus zeitlichen Gründen die Erörterung solcher Fragen in weiteren Kreisen nicht immer gestatten“. Das Wort „immer“ ist indes überflüssig; wir halten den Satz mit dieser Einschränkung für zweckentsprechender, und das für beide Teile. Was mit dem „allerdings unartifiziellen Vorgehen der Gehilfen an verschiedenen Druckorten“ gesagt sein soll, ist uns nicht verständlich. Was dann noch über das Berliner „unerfreuliche Nachspiel“ in mißbilligender Weise gesagt wird, kann hier übergangen werden, da es bei den Verhandlungen noch eine große Rolle gespielt hat.

Wenn nach der Steuerungsulagenangelegenheit der Faktoren die der Hilfsarbeiter nur kürzere Erwähnung findet, so sind hierbei doch einige Bemerkungen angebracht. Die Ablehnung der nachgelieferten mündlichen Verhandlungen durch den Deutschen Buchdruckerverein und Überweisung an die örtlichen Vertretungen, weil ein allgemeiner

Tarif für die Hilfsarbeiter nicht mehr bestesse, kann nicht aber schon seit längerer Zeit bedeutend höhere Zulagen als die Buchdruckergehilfen erhielten. Im Buchdruckergewerbe mit seiner strengen zentralen Tarifgemeinschaft erscheint es uns als ein Umding, einesseits mit örtlichen, andererseits mit gar keinen Tarifen — vor allem ist hier Leipzig zu nennen — fortzuwirken. Es muß auch hier wieder zu einem allgemeinen Tarifabschlusse kommen. Aus der Vergangenheit und den ungesunden Zuständen jetzt müssen sich doch Lehren für beide Teile ergeben haben. Wir sind der Ansicht, daß bei den Steuerungsulagen sich gerade in den Druckorten ohne Tarife mit den Hilfsarbeitern die meisten Mißlichkeiten ergeben haben, während sie in Berlin, München, Stuttgart usw. ferngehalten werden konnten, was dem Interesse der Prinzipale gewiß weit eher entsprochen hat. In Sauburg dagegen haben die Hilfsarbeiter protestiert, daß man ihnen einfach die Steuerungsulagen diktiert. In Leipzig aber, wo die Verhältnisse am gespanntesten sind, und der eine Teil wie der andre sich gegenseitig ignoriert, lehnen Großbetriebe, wenn sie es können, die aus der Not der Zeit entstehenden Arbeiterforderungen ab, während Mittel- und Kleindruckereien sie ohne weiteres oder unter dem Zwange der Verhältnisse bewilligen. Es entsteht so eine Ungleichheit, die für die Hilfsarbeiterschaft wie für die anerkennenden Firmen nachteilig ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es in unserm Gewerbe noch solche Prinzipienreiterei geben kann. Der Tarifauschuß hat sich im Jahre 1913 schon einmal mit der Hilfsarbeiterfrage beschäftigt, die Sache ist aber nicht vom Flecke gekommen. Es wäre endlich an der Zeit, daß jetzt nach beiden Seiten einmal ein entschiedenes Wort von jener Stelle ausgesprochen und das Tarifamt beauftragt wird, mit beiden Organisationen Verhandlungen anzuknüpfen, daß mit der späteren Tarifrevision der Buchdrucker auch ein zentraler Tarifabschlusse für die Hilfsarbeiter erfolgen muß. Für die Steuerungsulagenfrage könnte eine Entschiedenheit herbeigeführt werden, daß bis zu einer allgemeinen Regelung der Tarifangelegenheit hierüber örtliche Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden müssen. Der gegenwärtige Zustand ist ungesund und unsres Gewerbes auch unwürdig.

Dem Druckpreistarif und seinen Einrichtungen gelten längere Ausführungen. Er besteht am 1. Oktober d. J. zehn Jahre und hat sich trotz seiner nicht mit den besten Waffen kämpfenden Gegner, deren Anstrengungen und Ausdauer einer andern Sache würdig wäre, in befriedigender Weise durchgesetzt. Der schlechten Rechner wie der absichtlichen Unterbieter sind es doch merklich weniger geworden. Wenn der Geschäftsbericht daher sagt, „daß sich der Preisarbit schon heute einen sehr beträchtlichen Teil des Gewerbes erobert hat“, und „daß der weitaus größte Teil der zur Ausübung kommenden Druckarbeiten tarifgemäß und höher berechnet und bezahlt wird“, so kann man sich dieses Fortschritts, der unserm Gewerbe einen gesünderen Boden gibt und deshalb auch im Gehilfeninteresse zu begrüßen ist, freuen. Bemerkenswert ist die dem Kriege beigegebene Bedeutung für die Gelandung der Preisverhältnisse; in verhältnismäßig kurzer Zeit habe er zugeebracht, was unter den früheren Verhältnissen jahrelanger Aufklärungsarbeit bedurft hätte. Das ist angenehm zu hören, wenn es auch nicht gerade erhebend genannt werden kann, daß der Krieg mit seinem bitteren Muth erst die Notwendigkeit, sich angemessen bezahlen zu lassen, allgemeiner aufgedrängt hat.

Die mit den Steuerungsulagen identischen und auch zeitlich meist konform gebenden Erhöhungen der Druckpreise erheben sich Stimmen, „welche die beschlossenen Preis-erhöhungen als völlig ungenügend bezeichnen“. Genau das gleiche ist von den Steuerungsulagen zu sagen; auf sie könnte ein Superlativ der Ungenügensheit Anwendung finden, wenn es hiernach noch einen geben würde. Die Entwicklung zeigt sich hier folgendermaßen: Mitte September 1915 Erhöhung um 10 Proz., April 1916: 15 und 20 Proz., Oktober 1916: 25 und 30 Proz., Mai 1917:

33 1/2 bzw. 40 bzw. 50 Proz. Gegenwärtig gelten die letzteren Sätze, die sich je nach Art der Arbeit und ob alte oder neue Aufträge unterscheiden. Demgegenüber wird die Verteuerung der Produktion wie folgt berechnet: Arbeiterlöhne 40—50, Papier 100—300, Kraft und Licht 150—200, Metalle für Maschinenfabr., Schriftdruckerei, Stereoskopie, Galvanoplastik über 300, Walzen über 200, Farben 100—250, Firnis-erhaltstoffe 500, Schmieröle 400—500, Pflastern 150—200, Wachsmittel 200—300, Klebstoffe 300—500, Seilzwirne uvm. 200—300, Nadmaterial 200—500 Proz. Das ist zum Teil gewaltige Steigerungen. Hinzukommt, daß durch die Beschäftigung der Betriebe zu weniger als der Hälfte wie vor dem Kriege bei gleichzeitig vollem Umlauf der Ausgaben für Miete, Verzinsung, Abschreibungen usw. das Verhältnis sich noch ungünstiger gestaltet. Betreffs der für die Arbeitslöhne angegebenen Zunahme um 40 bis 50 Proz. kann dieser Durchschnitt nicht ohne weiteres gelten. Man darf allerdings hierbei nicht nur auf die Gehälter sehen, die nicht mehr als ein Viertel der überhaupt in unserm Gewerbe noch Beschäftigten ausmachen. Es ist auch nicht allein von den Steuerungsanlagen auszugehen, da namentlich die Einstellungspreise nicht unerheblich gestiegen sind. Immerhin wollen uns 40—50 Proz. etwas hochgegriffen erscheinen. Nimmt man z. B. Berlin an, so kommt man hier unter Zugrundelegung des Minimums nach Klasse C bei einem Verheiratenen, einschließlich des Zuschlags von 5 Mk., gerade auf 42,18 Proz. Lohnsteigerung. Das wäre also nominell der günstigste Fall. Nun gibt es aber noch fünf Stufen für Verheiratenen und sechs für Ledige mit sich verminderten Sätzen, außerdem werden die Minimumkollegen in Berlin gewiß nur in kleiner Zahl anzutreffen sein. Im übrigen Deutschland aber existiert als feste Norm ein besonderer Kriegszuschlag wohl nur noch im Ausnahmefalle, die 5 Mk. können also nicht weiter in Betracht. Trotzdem kann gesagt werden, daß die Lohnsteigerungen im Buchdruckgewerbe doch beträchtlicher sind, als man vielfach auf unserer Seite gelten lassen will. Die in Nr. 111 in der zweiten Polemik gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gebrachten Ausrechnungen haben das schon erkennen lassen. Der Schwerpunkt liegt jedoch darin, daß auch um 40—50 Proz. höhere Löhne der wie ein verheerendes Feuer alles verschlingenden Steuerungs nicht mehr standhalten vermögen. Das wird noch in andern Zusammenhänge zu erörtern sein. Es soll hier nur nochmals betont werden, daß wir mit mindestens der gleichen Berechtigung von den Steuerungsanlagen behaupten, was die Prinzipale von der bisherigen Erhöhung der Druckpreise sagen: völlig ungenügend!

□ □ Falscher Berichtigungseifer □ □

Unter Hinweis auf die in voriger Nummer gemachten einleitenden Ausführungen zu diesem Kapitel, die sich ausdrücklich auch auf die nachfolgende Berichtigung beziehen sollen, bringen wir eine Zuschrift der Handelsdruckerei Kaß in Mannheim im mit den gewünschten Hervorhebungen zur Kenntnis.

*

Entgegen der Mitteilung des „Korrespondent“ vom 11. September 1917 über unsere Firma stellen wir fest:

1. Unwahr ist, daß vom Gewerbegericht Mannheim der Lohnanspruch eines Seindruckers glatt zugestimmt worden wäre.

Wahr ist, daß Kontraktbruch desselben festgestellt, und nur wegen Kriegsbeschädigung und Krankheit desselben vergleichsweise Zahlung eines Teilbetrags vorgeschlagen und nur aus den nämlichen Gründen von uns genehmigt wurde.

2. Unwahr ist, daß Herr Kaß Mädchen ungerechtfertigte Lohnabzüge versucht habe.

Wahr ist, daß die Lohnabrechnung und Lohnzahlung völlig selbständig von dem damit betrauten Personal pflichtgemäß (ohne jedes Zutun des Herrn Kaß) erfolgt.

3. Unwahr ist, daß Herr Kaß im Keller an ein Mädchen verhängliche Fragen gestellt habe.

Wahr ist, daß, als ein Mädchen sich im Privatbureau des Herrn Kaß über Zudringlichkeiten eines Angestellten sich beschwerte, er sich unter Zuziehung von Zeugen nach der Art dieser Zudringlichkeiten erkundigte, um dann den Betroffenen über sein unhorrechtes Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen.

4. Unwahr ist, daß die Lohnansprüche der beiden Mädchen vom Gewerbegericht zugestimmt worden seien.

Wahr ist, daß beide Mädchen verlagsbrüchig waren — die eine hatte dem Betriebsleiter das Ruhen von Walzen verweigert, die andre war von der Arbeit weggegangen —, und daß auf Grund der leider üblichen gewerbegerichtlichen Vergleichsvorschläge 3,60 Mk. bzw. 7 Mk. (etwa die Hälfte des Klagenanspruchs) von uns gezahlt wurden.

5. Unwahr ist, daß Herr Kaß erst „als das Mädchen mit Beweisen drohte, sich zur Zahlung bequeme“.

Wahr ist, daß Herr Kaß in diesem Stadium der Verhandlung ausdrücklich jede Zahlung unter Hinweis auf die Unwahrscheinlichkeit der klägerischen Mitteilung abgelehnt habe. Erst nach Erledigung der beiden andern Fälle hat er dem wiederholten Vorschläge des Vorsitzenden und dessen Hinweis auf die Obergrenze des Betrages und weiteren Zeitverlust entsprochen.

6. Falsch unbekannt ist unser Firma, daß der Einberufungsausschuß für den Landwehrbezirk Mannheim ein Duzend Mannheimer Gehilfen aufgespürt habe, sich

auf Grund des Hilfsdienstgesetzes bei uns zur Arbeit zu melden. Unbekannt sind uns auch die angeblichen Gegendrucke der Prinzipals- und Gehilfenorganisationen.

Unwahr sind daher die hieran geknüpften Bemerkungen über unsre „Spekulation“ usw.

7. Wahr ist, daß der Mannheimer Gauleiter des Buchdruckerverbandes seit Jahren gegen unsre Firma ohne jeden berechtigten Grund heftig und dieserhalb vom Tarifamt zurückgewiesen worden ist.

8. Unwahr ist, daß unsre Firma nicht verstünde, sich ein Stammpersonal heranzuziehen und an den Betrieb zu fesseln.

Wahr ist, daß durch diese fortgesetzten Streikereien und die damit verbundene Preisherbe das Einvernehmen zwischen Personal und Geschäftsleitung abichtlich getört werden soll. Handelsdruckerei Kaß Alfred Kaß.

*

Der „Korr.“ hat in seiner Nr. 105 unter „Rundschau“ aus der Mannheimer „Volksstimme“ vom 5. September ein „Stimmungsbild“ über die Handelsdruckerei Kaß abgedruckt, welche Firma das dortige Gewerbegericht in einer Weise beschuldigt, daß es in der „Volksstimme“ heißt: „Das Gewerbegericht kann bald eine Extraabteilung einrichten für die Klagenfälle der Druckerei Kaß.“ Wir knüpfen an die Aufzählung der neuen Streitfälle die Bemerkung, daß diese Vorkommnisse als eine Fortsetzung der früheren anzusehen seien unter Anführung der betreffenden Nummern des „Korr.“ aus den Jahren 1914 und 1915, erwähnten dabei auch den Umstand, daß das Tarifschlichtungsgericht Mannheim-Ludwigshafen mit Herrn Kaß Kurzschlus eingetreten ist, weil mit ihm einfach nicht auszukommen ist. Nach den mehrjährigen Erfahrungen brauchen wir keinen Zweifel zu hegen über die Richtigkeit der von der „Volksstimme“ aufgestellten Behauptungen und der geschützten Stammgasthaft der Firma Kaß auf dem Gewerbegebiete.

Herr Kaß will nun durch seine Berichtigung die gegebenen Darstellungen für falsch erklären, entgehn aber beim Punkte 7 und im Schlußatz in einer Weise, daß wir die ganze Berichtigung wegen Nichtbeachtung der preßgesetzlichen Form ablehnen können. Es wird dies auch gesehen, wenn Herr Kaß seinem Berichtigungseifer ferner noch die Zügel schloßen lassen sollte.

Zu den Punkten 1—5 wäre zu sagen, daß es in dem „Stimmungsbild“ der „V.“ richtiger hätte heißen müssen, drei Streitfälle seien an einem Tage zur Verhandlung gelangt — nicht zur Aburteilung. Eine Entkräftung der von uns aus der „V.“ übernommenen Behauptungen trifft dadurch aber nicht ein. Herr Kaß hat sofort nach Erscheinen der Notiz in der „V.“ durch eine lange Unterredung mit dem für diesen Teil zuständigen Redakteur des Mannheimer Blattes zwar versucht, das zu erreichen, dieses Bemühen ist ihm jedoch nicht geglückt. Die „V.“ brachte am 7. September nur folgende kleine Ergänzung:

Herr Kaß legt Wert auf die Feststellung, daß es sich bei den von uns geschützten Fällen um keine Urteile, sondern um Vergleiche vor dem Gewerbegericht handelte; trotz freiwilligem Verschulden der Kläger habe er sich zu den Vergleichen bereiterklärt. Im übrigen wird durch diese Richtigstellung an unsern sonstigen Ausführungen nichts geändert.

Der Redakteur der „V.“ kommt eben den Hergang der letztmaligen Gewerbegerichtsverhandlungen in Sachen Handelsdruckerei Kaß genau und hat Herrn Kaß deshalb bedeutet, er möge sich sein „Recht“ nur auf dem Klagenwege suchen. Aus früherer eigener gewerbegerichtlicher Praxis wissen wir zur Genüge, daß beklagte Unternehmer nicht aus Grobmut einen Vergleich eingehen und bezahlen, sondern daß dies der Weg ist, um besser davonzukommen. Steht das Recht klar auf seiten des Unternehmers, so werden die Kläger mit ihren Ansprüchen abgewiesen.

Punkt 6 betrifft eine zweite Notiz in gleicher Nummer des „Korr.“ (105). Wenn Herr Kaß nicht wissen will, daß von dem Einberufungsausschuß des Landwehrbezirks Mannheim seiner Druckerei ein Duzend Mannheimer Gehilfen angewiesen werden sollte, so ist das eine Vorkühnung von Unkenntnis, die erkaufen macht. Herr Kaß hat sich mit dem Anliegen um Überweisung von Buchdruckergehilfen auf dem Hilfsdienstweg allerdings nicht an den Mannheimer Einberufungsausschuß gewandt, sondern an die Kriegsamtsstelle in Karlsruhe, die den Einberufungsausschuß in Mannheim darauhin anwies, der Handelsdruckerei Kaß die entsprechende Anzahl von Arbeitskräften auszuführen. Die Karlsruher Kriegsamtsstelle kann doch nun und nimmer aus eigenem Herrn Kaß diese Hilfsbereitschaft haben erweisen wollen! Uns ist sowohl die Gesengengabe der Gehilfen wie der Prinzipalsorganisation im Vorkaufe bekannt, wodurch der Trick von Kaß dann vereitelt worden ist. Die Prinzipale fühlen sich durch die ihnen drohende Entziehung von Gehilfen und die darin zum Ausdruck kommende Bevorzugung der Handelsdruckerei Kaß benachteiligt, die Gehilfen desgleichen, zugleich aber auch bestraft, zu einer Firma gehen zu sollen, wo sie es materiell wie in den ganzen Arbeitsverhältnissen schlechter haben würden. Dieser Teil der Berichtigung übersteigt an Kühnheit mithin alles, was wir Kaß zugestatten haben.

Der Unfall unter Punkt 7 gegen den Gauvorsteher unserer Organisation in Mannheim ist auch starker Sabotage; er soll ohne jeden berechtigten Grund gegen die Firma Kaß gehegt haben. Von einer Hebe zu reden, ist überhaupt Unsinn. Ohne berechtigten Grund hat der Mannheimer Gauvorsteher nichts gegen die Handelsdruckerei Kaß gesagt oder geschrieben. Wenn deren Inhaber ein solches Schreckenskind ist, daß die Prinzipalsmit-

glieder des dortigen Tarifschlichtungsgerichts mit Herrn Kaß nicht mehr verhandeln wollen und eins desselben ihm in einer Sitzung einmal klarmachte, wo der Zimmermann in der Wand das Loch gelassen hat, dann zeigt sich auch daran, was die Redensart von Kaß, „ohne berechtigten Grund“, auf sich hat. Es kann dem Mannheimer Gauvorsteher nicht zugemutet werden, wider besseres Wissen günstige Auskunft über die Handelsdruckerei Kaß zu erteilen. Die frühere Zurückhaltung des Gauvorstehers hat ihm schon die schwersten Vorwürfe eingetragen von Kollegen, die bei dieser Firma angefangen haben, dort aber als Gehilfen, die an geordnete Verhältnisse gewöhnt sind, nicht lange arbeiten konnten. Wir wissen von einem uns persönlich bekannten Kollegen selbst, daß es nicht möglich ist, in dem Kaßschen Betrieb auszuhalten. Wenn, um einen drastischen Fall zu erwähnen, in einer Schlichtungsgerichtsverhandlung festgestellt worden ist, daß Kaß in seinem Jahrbuch einen Gehilfen am Hals packte und ihn würgend auf die Schleifplatte niederdrückte, dann kann auswärtigen Kollegen denn doch nicht mit ruhigem Gewissen geraten werden, bei Kaß anzufangen. Damit ist Punkt 8 gleichzeitig widerlegt.

Wenn dieser Prinzipal nicht aus seiner Haut heraus kann, dann soll er erdbe nicht dafür verantwortlich machen und ihnen zur eignen Salbung nicht schlechte Motive unterstellen. Unser Mannheimer Gauvorsteher wäre froh, wenn die Lasten anders liegen würden und er die Annahme einer Kondition in der Handelsdruckerei Kaß unbedenklich empfehlen könnte. Wir selbst weisen den Vorwurf der Preßhebe entschieden zurück. Es wäre uns angenehmer, häufiger von Herrn Kaß etwas Gutes berichten zu können, wie es in der vorigen Nummer gesehen ist. In Wahrnehmung der Gehilfeninteressen können wir aber nicht schweigen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse zu entschiedener Verurteilung zwingen. Herr Kaß hat es allein in der Hand, Änderung einzutreten zu lassen. Dann wird er mit seinem Personal auf einem guten Fuße leben und der Gauvorsteher in Mannheim wie der „Korr.“ werden ihn ungeschoren lassen.

Die deutschen Gewerkschaftskarte- □ □ □ talle im Jahre 1916 □ □ □ □

Die unverwüßliche Lebenskraft, die den deutschen Gewerkschaften trotz aller Kriegsnot eigen ist, kommt in der im „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften vom 1. September 1917 veröffentlichten statistischen Beilage über „Die deutschen Gewerkschaftskarte im Jahre 1916“ drastisch zum Ausdruck. Zwar machen sich die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten in einer ganzen Anzahl kleinerer und mittlerer Kartelle in höchst unerfreulicher Weise geltend — es haben sich im Berichtsjahre nur 469 von insgesamt 641 in Verzeichnisse der Generalkommissionen eingetragenen Kartellen an der Statistik beteiligt, während es im Vorjahre noch 524 waren —, doch darf ohne weiteres angenommen werden, daß dies nur ein vorübergehender, hauptsächlich durch Mangel an geeigneten Personen verursachter Zustand ist. Doppelt bedauerlich ist es jedoch, wenn auch in größeren Orten, wo die Voraussetzungen eines fruchtbarsten Gewerkschaftslebens ohne weiteres noch vorhanden sind, neuerdings Bestrebungen im Gange sind, den ungeliebten Parteihader auch in die Gewerkschaften und in die Kartelle zu fragen, und damit die unter jahrzehntelangen Mühen und Opfern geschaffenen Einrichtungen in ihrem innersten Bestande zu gefährden. Hoffen wir, daß es sich auch in diesen Fällen um lediglich vorübergehende Erscheinungen handelt.

Den bestehenden Kartellen waren 837 492 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen, während die gleichen Kartelle am Schlusse des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, über 2 Millionen Mitglieder hatten. Da die der Generalkommissionen angeschlossen Verbände Ende 1916 insgesamt 944 575 Mitglieder zählten, sind demnach von der Kartellstatistik 88,4 Proz. (im Vorjahre 91,4 Proz.) erfasst worden, wobei besonders zu bemerken ist, daß nicht alle Mitglieder der Zentralverbände auch gleichzeitig irgendwelchen Kartellen angeschlossen sind.

Interessant ist eine Gegenüberstellung der den großen Kartellen angehörenden Mitglieder am Schlusse der Jahre 1913 und 1916:

	1913	1916
Berlin	302 052	138 901
Saamburg	143 338	47 522
Dresden	95 629	46 161
Leipzig	76 185	32 059
München	63 594	30 036
Nürnberg	55 723	21 296
Karlsruhe a. M.	43 807	12 914
Stuttgart	43 483	16 333
Chemnitz	42 403	15 751
Bremen	37 971	12 617
Hannover	37 311	13 932
Breslau	31 732	12 748
Magdeburg	30 766	15 025

Die Fähigkeit der Kartelle ist durch den Krieg wesentlich beeinflusst worden. Während die agitative Tätigkeit fast vollkommen lahmgelegt war, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen von Arbeitervertretern zu sozialpolitischen Körpern fast völlig ruhte, da Neuwahlen auf diesen Gebieten erst nach Kriegsende erfolgen, hatten die Kartelle trotzdem eine Fülle von Aufgaben zu bearbeiten, die zwar nicht reiflos bezugnahmen, aber doch zum großen Teile zum Nutzen der Arbeiterschaft erledigt worden sind. So war es vor allen Dingen das Eintreten für Einführung von kommunalen Arbeitslosenunterstützungen, für bessere Arbeitsvermittlung, die Mitarbeit in den ver-

schlechten Zweigen der Kriegswohlfahrtspflege, auf dem Gebiete des Ernährungswesens usw. Die von den Kartellen im Frieden geschaffenen Einrichtungen (Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Bildungsausschüsse, Bibliotheken usw.) sind zum größten Teil erhalten geblieben. Während von den Rechtsauskunftsstellen eine ganze Anzahl eingegangen ist, war dies nur bei zwei Arbeitersekretariaten (Hagen und Herford) der Fall.

Die Frage der Errichtung und Erhaltung von Gewerkschaftsbüroen — eine Folge der in vielen Orten arbeitslos erstarbten Arbeiterföderation und des dadurch bedingten regen Organisationslebens — erfährt durch den Krieg eine besondere Bedeutung insofern, als eine Reihe davon infolge der wesentlich verminderten Inanspruchnahme mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Wohl eine Mahnung, zukünftig bei Schaffung solcher kostspieliger Institutionen recht vorsichtig zu sein. Von den berichteten Kartellen wurde von 240 Vorjorge für die Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder getroffen; davon hatten 33 Kartelle eigene Serbergen, in der Regel als Bestandteil der Gewerkschaftsbüroen.

Wenig erfreulich zwar, aber doch nicht allzu bedenklich sind die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Kartelle. 446 hierüber berichtende Kartelle hatten eine Gesamteinnahme von 1084282 Mk., der eine Gesamtausgabe von 137530 Mk. gegenübersteht. Die Mehrausgabe von 53248 Mk. ist in der Hauptsache aus den vorhandenen Vermögensbeständen gedeckt worden. Außerordentlich unerschöpflich ist die Beitragsleistung der Gewerkschaften an den einzelnen Orten. Diese Beiträge betragen in der Hauptsache pro Mitglied und Jahr 20 Pf. bis 2,60 Mk., in der Mehrzahl 40 Pf. (87 Kartelle). Einzelne Kartelle erheben allerdings noch erhebliche höhere Sätze, so Königsberg 3,40 Mk., Lübeck 3,60 Mk., Flensburg und Straßburg je 4,80 Mk., Wernigerode 5,20 Mk. und Rostock 6,80 Mk.

Mit Recht weist der Bericht der Generalkommission darauf hin, daß die Probe auf die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften mit der Dauer des Kriegszustandes durchaus nicht abgeschlossen ist, sondern daß noch recht schwere weitere Prüfungen dann herankommen werden, wenn nach dem entsetzlichen Ringen begonnen wird, das Zerwürfne und Niedergetretene wieder aufzubauen. Den Kartellen wird dabei eine besondere Rolle zugebilligt sein. Möge es gelingen, bis dahin alle für dieses hohe Ziel in Betracht kommenden Kräfte zu sammeln und mit der Erkenntnis zu durchdringen, daß nur im gemeinsamen Wollen und Handeln die Gewähr für ein wirklich erfolgreiches Arbeiten liegt.

My.

tember bereits von 65 auf 69,50 Fr. Mit 90 Fr. für die Sonne haben wir nebenher einen höheren Preis für Kohle als bisher erzielt. Jede Mehreinnahme aus dem Ausland muß ebenfalls einer Stärkung unserer Valuta zugute kommen.

Um das Anormale des niedrigen Kursstandes unserer Valuta nicht noch weiter sich entwickeln zu lassen, müssen alle verfügbaren Mittel zur Regelung unseres Zahlungsverkehrs mit dem Ausland aufgeboden werden. Wir sind in unserer Einfuhr zwar wesentlich beschränkt, können sie jedoch nicht ganz entbehren; unmöglich ist es uns aber, die Einfuhr vollständig mit der Ausfuhr zu bezahlen. Aus diesem Grunde mußte bis zum 11. September eine Anmeldung ausländischer Geldsorten, Schecks, Wechsel usw. auf die neutralen Staaten sowie auf Bulgarien und die Türkei sowie der Forderungen an die in diesen Ländern wohnenden Schuldner erfolgen.

Nach Kriegsendigung ist die Bahn für eine Besserung des Preises für die Reichsmark wieder freier, während zu erwarten ist, daß sich die englische und französische Valuta ungünstiger entwickeln wird, da dort die Notwendigkeit der ausländischen Kreditdeckung und der Einlösung der meist kurzfristigen Verpflichtungen dann stark herantreten wird. Wir werden Kredite zu erlangen suchen und unsere Guthaben im feindlichen Ausland mobilisieren. Die höchste Aufgabe der Übergangswirtschaft ist die Hebung der Produktivität und demgemäß eine Erhöhung der Arbeitsleistungen. Von einer freien Entfaltung der Kräfte kann auch nach Friedensschluß keine Rede sein, das ist ebenfalls im Interesse unserer Währung erforderlich. Unser Außenhandel, der zunächst hauptsächlich in der Einfuhr von Rohstoffen bestehen wird, um die noch weiter anhaltende Beschränkung der heimischen Verbraucher allmählich auszugleichen und vor allem die Ausfuhr von Fabrikaten in Fluß zu bringen, kann gleichfalls nicht die alte Bewegungsfreiheit sofort wiedererlangen. In dem Bestreben, den Stand unserer Valuta wieder in normales Fahrwasser zu bringen, werden wir darauf halten müssen, die Werke des Imports mit denen des Exports nicht nur in Einklang zu bringen, sondern letztere möglichst noch höher zu gestalten. Ein großer Wert muß natürlich auch auf die Pflege guter Auslandsbeziehungen gelegt werden.

Ein günstiger Stand unserer Reichswährung im Ausland steht in reger Wechselbeziehung zu erfrischenden, preiswerten Zuständen auf dem Gebiete der heimischen Volkswirtschaft. Auch im Arbeiterinteresse ist besondere Rücksicht darauf zu nehmen, daß das Deutsche Reich eine genügende Anzahl von Guthaben und Gegenforderungen im Ausland erhält, damit wir die notwendige Einfuhr ohne weitere Entwertung unseres Geldes durchführen können. Soweit eine allgemeine Steigerung der Produktivität und der Arbeitsleistungen zu diesen Zwecken erforderlich ist, kann sie aber — das wollen wir noch bemerken — nicht auf Kosten eines verminderten Arbeiterlohnes geschehen.

Kst.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Julius Lemme (Augsburg), Rudolf Rohrbek (Berlin), Emil Lehmann (Eberfeld), Jakob Koppeler (Frankfurt a. M.), Ernst Böhm (Hannau), Joseph Gah, Paul Heussen, Michael Sisinger, Wilhelm Kluth, Emil Ludwig Joseph Reinders, Anton Verfürth und Ludwig Wagner (Köln), Karl Dobien, Otto Schenck und Ernst Winter (Köthen), Richard Fiedler (Leipzig), Max Müller (Liebenwerda), Paul Major (Oldenburg), Matthias Thalhofer (Rohrbornburg o. L.), Anton App (Saulgau), Moritz Thron (Schwelm), Bernhard Streif (Willingen), Karl Lerche (Wanne) und Ernst Morreau (Witten). Damit haben bis jetzt 4261 Verbandshilfen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Nachahmenswerke Beispiele. In Flensburg haben die Firmen „Flensburg Wis“, S. Koppe und Saack Nachl. ihren Beihilfen eine Ertraherungszulage von je 5 Mk., die Firma Langholz eine solche im Betrage von 2,50 Mk. bewilligt. In der erstgenannten Druckerei erhielten die Lehrlinge und Hilfsarbeiter 3 Mk.

Bundesrätliche Verordnung über Zeitungspapier. Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September d. J. wird das Bezugs- und Verbrauchsrecht von maschinenglattem, halbhaltigem Druckpapier für Zeitungen für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1917 in der gleichen Weise belassen wie für das dritte Vierteljahr. Im Interesse der weiteren Papiererparnis wird jedoch gleichzeitig die Befreiung von Fahrplänen, Kursbüchern und Kalendern jeder Art zu Zeitungen und Zeitschriften verboten und ferner angeordnet, daß Extrablätter jeder Art in keinem größeren Format hergestellt werden, als dem vierten Teil eines Bogens des Formats der Zeitung entspricht, unter deren Namen das Sonderblatt ausgegeben wird.

Der Beschäftigungsgrad im graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie. Dem „Reichsarbeitsblatt“ ist über den Buchdruck vom August im allgemeinen guter Geschäftsgang berichtet worden, zum Teil er besser als im August v. J. bezeichnet. Die Zeitungsdruckereien zeigten die gleiche Geschäftslage. Für die Buchbindereien brachte der August keine Veränderung. Die Papierfabriken haben gegenüber dem Vorjahre noch besseren Beschäftigungsgrad aufzuweisen, teilweise wird er als sehr stark bezeichnet. Für Zeitungspapier blieb die Geschäftslage ohne Änderung, sie ist aber besser als im August 1916. Die Chromo-, Glacé- und Buntpapierfabriken hatten zum Teil übergroße Nachfrage, klagen aber über Behinderung durch das Ausfuhrverbot.

Geschäftslage der Schriftdruckereien und Messingliniendruckereien. Auch für den August wird über das gleiche Bild wie in den Vormonaten und im vergangenen Jahre berichtet.

Die Arbeitslosenfiguren des graphischen Gewerbes im August 1917. Von den Organisationen ist dem „Reichsarbeitsblatt“ berichtet worden, daß die Buchdrucker im August keine Arbeitslosen hatten, gegen den gleichen Stand im Juli 1917 und 0,5 Proz. im August 1916. Die Lithographen und Steindruckers standen mit 2,8 (Juli 2,9) Proz. am höchsten. Es folgten die Buchbinder mit 1,5 (1,7) Proz. und die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter mit 0,2 (0,2) Proz.

Kritikschauer Stadtmagistrat. Wiederholt berückfassen wir von einem Bonhoff, den der Magistrat der Stadt Bamberg vor einigen Wochen über Druckerei und Verlag der „Bamberger Neuesten Nachrichten“ verhängte, weil diese Zeitung freimütig Kritik übte an der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu Ernährungs- und sanitären Fragen. Obwohl in der Zwischenzeit der Landesverband der bayerischen Presse gegen die unangebrachte Maßregel des Bamberger Magistrats einmütig Protest erhob und diesem außerdem die Aufhebung des Boykotts von seiner vorgelegten Behörde empfohlen wurde, scheinen die Stadtgewaltigen in Bamberg doch auf ihrem sonderbaren Standpunkte beharren zu wollen. Wenigstens deutete eine Notiz, die der „Frankische Kurier“ in Nürnberg in seiner Nummer vom 24. September brachte, darauf hin. Danach hat der Freie Bürgerverein Bamberg folgende Entschließung in der Sache gefaßt: „Der Freie Bürgerverein Bamberg ersucht den verehrlichen Stadtmagistrat, die Maßregelung gegen Buchdruckerei und Verlag der „Bamberger Neuesten Nachrichten“ aufzuheben. Wir halten den Boykott für eine verwerfliche und den Ruf der Stadt sowie die Interessen der Bürgererschaft schädigende Maßregel. Solange überdies eine solche Maßregelung nicht öffentlich einwandfrei begründet ist, muß dieselbe als Verletzung der Pflicht angesehen, allen gleiches Recht zu gewähren. Was der Magistrat bis jetzt in der Sache öffentlich geäußert hat, ist eine solche Begründung nicht, sondern klingt wie eine Verhöhnung der Zurückgebliebenen.“ Man kann gespannt darauf sein, ob das Eruchen des Freien Bürgervereins den überempfindlichen Stadtmagistrat veranlassen wird, von seinem unpassenden Standpunkte der Presse gegenüber Abstand zu nehmen.

Der Arbeitsmarkt im August 1917. Nach der im „Reichsarbeitsblatt“ gegebenen Gesamtübersicht hat der 37. Arbeitsmonat eine deutliche Steigerung der Leistung des deutschen Wirtschaftskörpers gegenüber dem vorjährigen August gezeigt. Vermehrte Tätigkeit wiesen auf die Eisen- und Metall-, die Maschinenbau-, die elektrische und die chemische Industrie. Die Nachweilungen der Kranken-

□ □ □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □ □ □

Gegenwärtiges und Zukünftiges über unsre Valuta.

Am auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, ist ein günstiger Stand des Kurses der heimischen Geldwährung von erheblichem Belang. Noch während des Krieges, hauptsächlich aber in der Zeit der Übergangswirtschaft, ist es für uns ein Hauptverdienst, für eine Hebung und Besserung unsrer Valuta Sorge zu tragen. Heute stehen wir der Tatsache gegenüber, daß die deutsche Valuta im neutralen Ausland niedriger bewertet wird als die englische oder französische. Um dies verständlicher zu exemplifizieren, erwähnen wir nur, daß der Wert unsrer Mark während des Krieges von 100 bis auf 70 Pf. und noch tiefer herabgegangen ist. Wir müßten also nach dem heutigen Stand im neutralen Ausland für Ware bei demselben Preisstande, für die wir früher 1 Mark bezahlten, entsprechend mehr, viel mehr aufwenden.

Dieser Umstand hat ängstliche Gemüter zu Befürchtungen über unsre finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit veranlaßt. Geht man jedoch den wirklichen Gründen unsrer Valutaverfälscherung nach, so finden wir, daß wir in der Tat besser dastehen als unsre Gegner mit dem höheren Kursstand ihrer Valuta. Der vermehrte Notenumlauf unsrer Reichsbank kommt vergleichsweise für den Niedergang der Valuta nicht in Frage. Denn derselbe ist in den feindlichen Ländern zum Teil größer als bei uns. Über, aber auch in nur beschränktem Maße, findet sich ein Grund in den durch den Krieg herbeigeführten Störungen unsres Exports.

Die Hauptursache dafür, daß unsre Valuta ungünstig bewertet wird, ist darin zu suchen, daß Deutschland keine Kriegsführung aus schließlich im Inlande bewerkstelligt hat und seine geringen Einfuhren aus eigenen Mitteln bezahlen muß. Frankreich sowohl wie England haben sich von Amerika große Kredite und Anleihen gewähren lassen und konnten einen großen Teil des Gegenwertes ihrer Warenbezüge schuldig bleiben. Außerdem haben sich unsre Feinde bemüht, die jetzt den Kurs noch unter Druck haltende Valutaflektion gegen uns auszunutzen.

Daß die Erhebung einer Hebung unsres Valutastandes auch während des Krieges erfolgreich für uns sein kann, dafür bietet das kürzlich zum Abschluß gekommene deutsch-schweizerische Abkommen ein Beispiel. Bei einer Kohlenlieferung von 200 000 t im Monat deutschseits räumt uns die Schweiz einen monatlichen Kredit von 20 Mill. Franken ein. Das Abkommen läuft bis zum 30. April 1918, es käme also im Höchstfall eine Kreditsumme von 200 Mill. Fr. in Frage. Daß es sich dabei nicht um eine ausländische Kriegsführung unterteilt handelt, leuchtet bei der für diesen Zweck geringen Summe ohne weiteres ein. Es wird damit lediglich eine Unterstützung unsrer Valuta bezweckt, und der Erfolg des Unternehmens hat sich bereits bemerkbar gemacht. Die Steigerung der Markdeweile in der Schweiz erfolgte am 4. und 5. Sep-

□ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

Naumburg. In der Versammlung am 28. Juli wurde nach der Erstattung der Vierteljahrsberichte der 25jährigen Verbandsmittelschaft der Kollegen Rudolf Grobe und Hugo Schmidt Erwähnung getan. Weiter wurde der Austritt des Mitgliedes Otto Krebs bekanntgegeben, womit sich die Erörterung des gegen diesen vorliegenden Ausschlußantrags erübrigte. Nach Erledigung der übrigen minder wichtigen Gegenstände kam es beim Punkte „Tarifliche“ zu einer Aussprache über unsre örtlichen Lohnverhältnisse und die immer mehr steigenden Preise für alle Bedarfsartikel, die in keinem Vergleiche mehr zueinander stehen. Da neben den allgemeinen Steuererhöhungen Lohnaufbesserungen in den letzten Jahren nur in sehr beschränktem Maße in den hiesigen Druckereien zu verzeichnen waren, die Steuererhöhungen aber bereits wieder als überholt angesehen werden müssen, wurde der Wunsch geäußert, an die Prinzipale das Eruchen zu stellen, infolge der sich fortwährend verwerfenden Lebenshaltung für die Beihilfen eine recht baldige Lohnaufbesserung eintreten zu lassen. — In der am 22. September abgehaltenen Versammlung wurden zwei im August gefallene Mitglieder in üblicher Weise geehrt; damit ist die Zahl unsrer Verluste im Weltkrieg auf 17 gestiegen, neben denen vier Mitglieder aus vermißt gelten. In der Reichsdruckerei werden Seherinnen vorderhand nicht mehr beschäftigt. Der Druckerei Gottfried Päß ist neuerdings vom Tarifamte die Genehmigung zur Einstellung von vier Handseherinnen zugesprochen worden. Über die Notwendigkeit dieser Maßnahme wurden aber in der Versammlung berechtigter Zweifel geäußert. Dann berichtete der Vorsitzende über den Erfolg oder vielmehr die Erfolglosigkeit der Bemühungen, zu einer Lohnaufbesserung zu gelangen. Die Ablehnung wurde u. a. damit begründet, daß, „ebenso wie wir gebunden sind, die Löhne, die der Tarif vorschreibt, nicht nach unten zu durchstoßen, haben wir eine Verpflichtung, die Preise nach oben hin nicht über den Tarif zu zahlen.“ (Das steht ja so aus, als wären die Prinzipale in Naumburg der falschen Auffassung, es bestünde im Buchdruckgewerbe ein Maximaltarif. Red.) In Anbetracht der im Oktober bevorstehenden Sitzung des Tarifausschusses sah die Versammlung von einer weiteren Stellungnahme dazu ab. Sie hofft aber, daß es gelingen wird, von dieser Tagung nicht nur für Naumburg einen höheren Lohnzuschlag zugesprochen zu erhalten, sondern auch gleichzeitig eine entsprechende Lohnaufbesserung unter Fortfall jeder Staffelung zu erzielen. Neben den Versammlungen wohnte eine Anzahl Geldgrauer bei, ebenso wurden die eingegangenen Geldpostgrüße zur Verlesung gebracht.

lassen liehen am 1. September eine Mehrbeschäftigung von 33841 oder 0,44 Proz. Zunahme erkennen gegen den 1. August, wo 0,14 Proz. Rückgang festzustellen war. Die männlichen Mitglieder zeigen sogar eine kleine Vermehrung, nämlich 7892 gleich 0,21 Proz. Am 1. August zeigte sich dagegen Verminderung um 20000 oder 0,49 Prozent. Bei den weiblichen Mitgliedern ist eine Zunahme um 25949 oder 0,66 Proz. zu verzeichnen, am 1. August betrug sie nur 0,20 Proz. Am 1. September 1916 war eine Gesamtzunahme der Krankenkassenmitglieder um 0,06 Proz. festzustellen, so daß sich diesmal eine erheblich größere Konstatierung läßt. Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt ein ähnliches Bild. Auf 100 offene Stellen entfielen 49 (im Juli 47) männliche und 86 (83) weibliche Bewerber.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden. Im August waren nach den von 33 Fachverbänden dem „Reichsarbeitsblatt“ über 978460 Mitglieder gelieferter Zahlen 7776 Arbeitslose vorhanden. Das ist ein Prozentverhältnis von 0,8, gegen 0,8 im Juli 1917 und 2,2 im August 1916.

Verschiedene Eingänge.

„Norddeutsche Buchdruckerei“ Zeitschrift für Buchindustrie, Buchgeschichte, Buchkunst und Buchwesen. Herausgegeben von Carl Vagerl in Stockholm. Zeit in schwedischer Sprache. Seit 8. Jahrgang 1917. Bezugspreis vierteljährlich 2,75 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.
 „Kriegsammalergelung.“ Nr. 12/13. Mit Beilage „Brienmarken-anzeiger“ Nr. 4. Herausgegeben von G. Walker in Wien. Erscheint an 8. und 22. jeden Monats. Halbjährlich 3,40 Mk. Zu beziehen von Franz Epich, Karlsruhe i. B., Zähringer Str. 1.

Briefkasten.

G. K. in Gl.: Selbstverständlich war dieser Grund maßgebend. — S. K. in S.: 1. Bei Johannes Grafmanns grobem Unfuge mit dem fingierten Arbeitsnachweise für nichtorganisierte Kriegsbeschädigte Buchdruckergehilfen wundere ich mich nur, daß die Geldquelle für die 2 x 7/8, 3/4 zu Fortausgaben für jede verordnete Karte noch nicht verfliegt ist. Einen andern Zweck, als irgend jemandes Geld dadurch wegzunehmen, hat doch der saule Jauber nicht. 2. Aber selbstverständlich. — G. K. in L.: Sächsisches Lebensmittellager mit Geltung für das Königreich Sachsen und Kriegsernährungsamt für Königsberg (siehe Nr. 112). — W. K. in W.: Das nächste Mal unter Ausland. — W. K. in S.: 1. Vielen Dank; mit dem für solche Sachen stets großen Interesse. 2. Die betreffende Nummer der „Zeitschrift“ ist also durch die Post dort zur ganz gleichen Zeit zugeteilt worden, wie wir sie in Leipzig erhalten haben. Das ist recht eigenartig, denn der Weg nach Hamburg soll doch wohl ein ganz Teil größer sein als der für die Befestigung am Erscheinungsorte. Wir sind häufiger erst am Montag in den Besitz der „Z.“ gelangt, auch erst am Dienstag. Von Berlin aus ist uns ebenfalls bekannt, daß man dort die „Z.“ früher hatte als wir. Nr. 70/71 ist dagegen schon am Freitag in unsere Hände gewesen, also pünktlich wie in normaler Zeit. — S. K. in W.: 1. Von Lebenszeiten und gesunder, wenn auch nicht bis zum allerletzten zutreffender Beurteilung erfreut. Kennzeichen genommen. 2. Es ist so unklar, daß ich nicht weiß, was Sie mit dem „Korr.“ werden gern geöffnet. — 4. Befragungen sind gleich in die Hand genommen. — W. K. in D.: Wir haben auch in einigen Arbeiter wie in andern Blättern am 27. September einen Artikel zu Gutenberg 450. Todestage gefunden, welcher wohl von einem Korrespondenzbureau ausgeht. Der „Korr.“ hat aber diesen Gedanktag nicht verabreicht, die Buchdrucker haben nämlich ihren eigenen Gutenbergkalender. Der Todestag unseres Vorfahren liegt zwar ebensowenig fest wie der Tag seiner Geburt, aber es ist gewisser, daß er in der Zeit zwischen dem 4. November 1467 und 24. Februar 1468 gestorben ist. Der „Korr.“ hat 1868 zu letzterem Datum einen Gedanktag gebracht und Gedanktagern angesetzt, die dann in etwa 14 Druckorten (Holländern, die in Leipzig war eine großartige Veranstaltung. (Siehe ersten Band der Verbandsgeschichte S. 48 und 325.) Wir wollen also an dem 24. Februar festhalten und werden im nächsten Jahre das sogenannte Verjümnis nachholen. — S. K.

in Wm: 2,60 Mk. — P. K. in Mannheim: 2,75 Mk. — C. B. in Sbg.: 2,15 Mk. — W. G. in Brn.: 2,45 Mk. — S. G. in Sitten: 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsilloplatz 5 II. Vornpredner: Almt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Wismar: Vornpredner: Julius Schröder, ABC-Straße 3a II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Westpreußen der Seher Wladislaus Buterzch, geb. in Neufomisch (Prov. Posen) 1891, ausges. dal. 1909; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig-Schidlig, Karthäuserstraße 86 II.
 In Schaffhausen der Drucker Leo Vogelbacher, geb. in Straburg i. C. 1891; war schon Mitglied. — H. Frederik Amneveld, Fichtenstraße 7.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderinenstraße 44.
 Frankfurt a. M. Allgemeine Maschinenherverfammlung Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Kempferbräu“, Am Giernen Steg.
 Leipzig. Verjammlung Freitag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Bollshaus“, Zeiger Straße 32.

Königl. Sächsische Landes-Lotterie

110.000 Lose — 55.000 Gewinne — 1 Prämie in 5 Klassen.

Jeder 2. Los gewinnt. Ziehung 1. Klasse am 1. Dez. 1917. Jeder 2. Los gewinnt.

800.000 500.000
 300.000 200.000
 150.000 100.000

Klassenlose (In jeder Klasse) M 25. — M 50. — M 100. — M 250. — M 500. — M 1000. — M 2500. — M 5000. — M 10000. — M 25000. — M 50000. — M 100000.

Voll-Lose (Für alle Klassen) M 25. — M 50. — M 100. — M 250. — M 500. — M 1000. — M 2500. — M 5000. — M 10000. — M 25000. — M 50000. — M 100000.

Paul Lippold Königliche Lotterien Leipzig Richard-Wagner-Strasse 10. Postscheckkonto: 50726 Leipzig.

Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule zu Dessau

Mauerstraße 36/38

Graphische Fachklasse

Gründliche Weiterbildung für gelernte Kräfte. Praktischer und theoretischer Unterricht in allen Spezialfächern. Anerkannte Lehrkräfte aus der Praxis. Nachweisbare Erfolge. Auskunfft durch Direktor Stejer.

Miederum haben wir den Verlust zweier braver Kollegen zu beklagen. Es fielen in den letzten Kämpfen die Seher 118

Milsons Grifsch
 aus Mühlhausen und
Matthäus Junker
 aus Sabsheim.

Ein ehrendes Andenken wird ihnen stets bewahren
 Der Bezirksverein Mühlhausen (Gf.).

Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer
Akzidenzsetzer, Werkseher

jedoch nur tüchtige Kräfte, in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandtsetzer, Leipzig.

Schreiftseher, Typographseher und Maschinenmeister

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [24]

Tüchtiger Werkdrucker

findet bei uns sofort Stellung. Wir erbitten Angebote mit Gehaltsansprüchen. [26]
 Bierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtige, selbständige Maschinenmeister

gesucht von W. Bürgenstein, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41. [6]

Tüchtiger Maschinenmeister

für Schnellpresse und Tegel sofort gesucht. [4]
 Buchdruckerei Oskar Martin, Chemnitz, Friedrichstraße 9.

Mehrere zuverlässige
Akzidenz- und Werkseher
 sofort gesucht. [991]
 Gebrüder Anauer, Frankfurt a. M., Holzgraben 31.

Militärfreier Schreiftseher

mit guter Handschrift für Anzeigen- und Bezieherabteilung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Alter und Gehaltsansgabe an [110]
 „Norddeutsche Zeitung“, Bielefeld.

Tüchtiger Seher

sucht sofort dauernde Stellung. Berlin und Leipzig bevorzugt. (Akzidenz- und Tabellenf.) Auch in wissenschaftlichem, chemischem, mathematischem und fremdsprachlichem Fach durch langjähriges Arbeiten perfekt; 15jährige leitende Stellung. Gef. Offerten an [992]
 D. S. Führer, Dresden, Schandauer Straße 6 p.

Tüchtige perfekte
Maschinenseher

sowie mehrere Handseher sofort gesucht. [25]
 „Mannheimer Tageblatt“, Mannheim H 2, 3.

Ein Seher
 und
ein Schweizerdegen

sofort gesucht. [8]
 Buchdruckerei J. & A. Lemming, Bocholt i. Westf.

Tüchtige
Maschinenmeister
Akzidenzseher
Aufräumer

sucht
 C. Grunbach, Buchdruckerei, Leipzig, Querstraße 14.

Tüchtiger, selbständiger
Schweizerdegen
 oder
Akzidenzseher

mit etwas Maschinenkenntnis sofort gesucht. Wilhelm Peters Buchdruckerei, Wesse in Schlef. [35]

Tüchtige
Maschinenmeister

mit Anlageapparat vertraut, stellt sofort ein [33]
 Franz Weber, Berlin W 66, Mauerstraße 80.

Maschinenmeister

vertraut mit vierseitiger Rotation (Frankenthal), bewandert an Schnell- und Tegeldruckpressen sowie in der Stereotypie, zum Antritt für 15. Oktober spätestens gesucht. [34]
 „Nachrichten“ Jülichau.

Tüchtige, selbständige
Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht. [23]
 Oskar Reimer, Leipzig, Königsstraße 26 B.

Monotypseher

sofort gesucht. [27]
 Bierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Buchdruckmaschinenmeister-
verein zu Dresden

gegründet 1868
 Die Oktoberversammlung fällt aus, dafür Sonntag, den 7. Oktober

Nachmittagsausflug

nach Rädwitz, Stah, Sulzhaus usw. Treffpunkt: „Stilium“, Rädwitz, nachmittags 2 Uhr. [32]
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Mhlen und Binzefen sowie alle Werkzeuge für Seher u. Drucker empfiehlt H. Siegl, Leipzig, M., Liliensstraße 17 B. Katalog unbedingnet und frei.

Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf.
 C. Greif, Mainz, Mainzstraße 30.

Am 24. September ent schlief nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Korrektor [30]
Karl Burghardt

Sein kollegialer Sinn, sein nie verjagender Humor sichern ihm bei uns für immer ein ehrendes Gedenken.
 Berlin, 27. September 1917.
 Die Korrektoren der
 Firma Alstein & Co.

Am 16. September verstarb nach mehrjährigen Leiden unser werkes Mitglied, der Seher [31]
August Sichert

aus Gofha.
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
 Ortsverein Köthen.

Als weitere Verluste in diesem furchtbaren Kriege haben wir wieder zwei liebe Kollegen zu beklagen, und zwar den Drucker [13]
Kurt Matthes

Interessierter aus Niederhaska, und den Seher [13]
Emil Vielhauer

Muskelier aus Bädäingen.
 Ferner verstarben die Seher
Heinrich Weller

aus Gaidorf, 67 Jahre alt, und
Christian Schmidt
 aus Heilbronn, 44 Jahre alt.
 Auch diesen lieben Kollegen wird ein freies Andenken bewahren
 Die Mitgliedschaft Heilbronn.

Am 11. September fiel unser lieber Kollege, der Seher [18]
Wilhelm Maach

aus Eberswalde i. d. M.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der
 „Dresdner Volkszeitung“ (Kaden & Co.).

In den letzten schweren Kämpfen fiel unser werkes Mitglied, der Seher [14]
Ludwig Bauer

aus Lauterbach in Hessen.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Bezirksverein Fulda.

Seiner schweren Verwundung erlag am 12. Juli in einem Lazarett unser liebes Mitglied, der Schreiftseher [17]
Richard Otto

aus Breslau.
 Mit ihm ist wieder ein streblamer Kollege dahingegangen, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
 Ortsverein Görlitz, Görlitz, Gesangverein „Gutenberg“, Görlitz.

Seht erst erhielten wir die traurige Gewisheit, daß unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [19]
Joseph Geiger

aus Kempten (Allgäu), am 10. Oktober 1915 als vierter unserer kleinen Mitgliedschaft den Soldatentod erlitten hat.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt dem jungen, streblamen Kollegen
 Der Ortsverein Calw-Rogold-Altensteig.

In den Folgen einer im Felde zugezogenen Krankheit verstarb in einem Feldlazarett unser lieber Kollege, der Schreiftseher [20]
Friedrich Kluth

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der
 „Neuen Hamburger Zeitung“.

Inausgeseht haben wir durch den Malteser Verluste aus unserer Mitgliedschaft zu beklagen. Unser werkes Mitglied, der Maschinenmeister [15]
Johannes Traub

hat am 26. August sein Leben auf dem Schlachtfeld lassen müssen. Sein freundschaftliches und kollegiales Wesen sichert ihm ein bleibendes und ehrendes Andenken.
 Mitgliedschaft Wm.-Neufim.